

herren, Bankiers und Großgrundbesitzer liegt, die Möglichkeit der Stimmabgabe für verschiedene Parteien noch nie dazu geführt hat, daß der Wille der Mehrheit respektiert wurde. Verwirklicht wurde immer, wie unterschiedlich die Wahlen auch ausfielen, der Wille der Monopolisten. Wir haben die Herrschaft dieser Minderheit beseitigt und damit neue Voraussetzungen für die Zusammenarbeit aller werktätigen Schichten geschaffen. Die Methoden des Wählens, mit denen die Millionäre die einzelnen Schichten gegeneinander hetzen und die Arbeiterklasse zu spalten suchen, um ihre Herrschaft zu sichern, haben seitdem bei uns keine Daseinsberechtigung mehr.

Bei uns kam es von dem Tage, an dem den Monopolherren, Kriegstreibern und Militaristen die Macht genommen war, darauf an, die Form zu finden, die die ehrliche Zusammenarbeit aller demokratischen Parteien und Organisationen am meisten fördert und den Feinden echter Demokratie kein Unterschlüpfen gestattet.

Gerade die Erfolge der Zusammenarbeit in den Kreisen und Gemeinden bestätigen, daß in der Gemeinsamkeit, wie sie sich in der Einheitsliste dokumentiert, unsere Stärke liegt. Sie verhindert ein Gegeneinander, fördert die Unterordnung des Einzelinteresses unter das gemeinsame Gesamtinteresse am Frieden, der Demokratie und dem Sozialismus. Sie sichert, daß die Interessen und Wünsche der verschiedenen Schichten vom Standpunkt der Gesamtinteressen beurteilt und dementsprechend berücksichtigt werden.

Trotz alledem hoffen also die NATO-Politiker bei manchen unserer Wähler Unsicherheit zu erzeugen. Sie spekulieren darauf, daß das bessere Neue noch zu ungewohnt ist und sie ihren Ladenaufhänger „Freie Wahlen nach Listen“ hier und da noch an den Mann bringen können.

.....
.....

Quelle: „Neues Deutschland“, Organ des Zentralkomitees der SED, vom 11. April 1957.

DOKUMENT 16

Aus: „Brauchen wir eine Opposition?“

Da taucht in verschiedenen Varianten immer wieder die Frage auf: Warum gibt es bei uns keine Opposition? In der Gemeinde Röderau im Kreis Riesa zum Beispiel meinten einige Einwohner in einer Aussprache: „Im Prinzip sind wir durchaus einverstanden mit der gemeinsamen Kandidatenliste. Aber wenn wir mal eine Übertragung aus dem Bonner Bundestag hören, dann stellen wir fest, daß es dort ab und zu mal richtig Kontra gibt. Bei uns in der Volkskammer geht alles ruhig zu.“

.....
.....

Wogegen sollte bei uns eine Opposition opponieren? Sie müßte nein sagen, wenn zum weiteren gemeinsamen Aufbau gerufen wird. Sie müßte dessen bisherige Erfolge leugnen. Sie müßte gegen den Frieden und gegen den wachsenden Wohlstand opponieren.

Doch wer gegen den Frieden ist, der ist für den Krieg, der hat bei uns nicht nur nichts im Parlament zu suchen, der wird als Feind des Volkes und des Friedens dort untergebracht, wo er keinen Schaden anrichten kann.

.....
.....

Quelle: „Neues Deutschland“, Organ des Zentralkomitees der SED, vom 24. April 1957.

Aus: „Wähler fragen — wir antworten:

Warum gibt es in der DDR keine Opposition?“

Manche Bürger fragen, warum es bei uns keine Opposition gibt und meinen, zu einer richtigen Demokratie gehöre doch auch eine Opposition. Demokratie herrscht aber nicht dort, wo verschiedene Parteien gegeneinander auftreten, wo die Kraft der Arbeiterklasse gespalten ist und eine Opposition besteht. Im Gegenteil, das Vorhandensein oppositioneller Kräfte in bürgerlich-kapitalistischen Staaten offenbart den immer schärfer hervortretenden Interessengegensatz zwischen den sich an der Macht befindlichen Monopolisten und Militaristen und der von der Macht ausgeschlossenen unterdrückten Bevölkerung. Opposition ist nur der Beweis dafür, daß die Volksmassen gegen die herrschende Klasse für ihr Recht kämpfen müssen.

Die Bourgeoisie kann die aus den unversöhnlichen Klassengegensätzen hervorstechende Opposition nicht leugnen. Deshalb versucht sie, diese zu einem „Charakteristikum wahrer Demokratie“ für jeden Staat umzufälschen.

Auch von der rechten Sozialdemokratie wurde und wird diese Ansicht verbreitet. Der ehemalige Vorsitzende der SPD, Schumacher, formulierte z.B. wie folgt: „Das Wesen des Staates ist nicht die Regierung, und das Wesen des Staates ist nicht die Opposition. Das Wesen des Staates ist die Regierung und die Opposition.“

Aus solchen Auffassungen wird dann die absurde Behauptung abgeleitet, daß unser sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern nicht demokratisch sei, weil es bei uns „keine Opposition gäbe“.

In unserer Deutschen Demokratischen Republik sind die Kriegsverbrecher, Monopolisten und Junker entmachtet. Hier gehören die Fabriken und Banken dem Volk. Die Armee, Polizei und Justiz — die Machtmittel des Staates — sind Instrumente der Werktätigen. Es gibt keinen Gegensatz zwischen der Politik unserer Regierung und den Interessen der gesamten Bevölkerung.

Eine Opposition in der DDR könnte doch nur gegen die Politik unserer Regierung gerichtet sein. Sie müßte sich also gegen die Einführung der 45-Stunden-Woche, gegen den Bau von zusätzlich hunderttausend Wohnungen, gegen unsere niedrigen Mieten, gegen die Stabilität unserer Preise, gegen die niedrigen MTS-Tarife, gegen die hohen Ausgaben für Wissenschaft und Kultur und gegen unsere Friedenspolitik richten. Sie müßte sich gegen die Einheit der Arbeiterklasse, gegen unseren Arbeiter- und Bauern-Staat richten. Sie müßte für den Einsatz von Militaristen und Faschisten in hohe Machtpositionen, für den NATO-Kriegspakt und für die Vorbereitung eines Atomkrieges sein. Solch eine Opposition zu dulden, wäre verbrecherisch.

.....
.....

Sehen wir uns einmal die westdeutsche Wirklichkeit mit der vielgerühmten Opposition an. Wer hat dort die Macht in den Händen, und welche Rolle spielt dabei die Opposition? Tatsache ist, daß trotz dieser „Opposition“ nicht die Arbeiter und Bauern herrschen, sondern die Adenauer, Krupp, Pferdenges und Stinnes.

An diesen Machtverhältnissen ändert eine schwatzende Opposition nicht das geringste. Im Gegenteil, sie ist nur ein Mittel, um die Diktatur der Millionäre mit demokratischen Phrasen zu verschleiern. Die echte Opposition in Westdeutschland, die KPD, wurde allerdings verboten, weil sie gegen die Monopole, gegen die Wehrpflicht und gegen Atomwaffen auftrat.

Quelle: „Neues Deutschland“, Organ des Zentralkomitees der SED, vom 17. Mai 1957.